



Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung  
Lichtenberg von Berlin

---

Liebe Schülerinnen, Schüler,  
Eltern und Erzieher !

**Der Krieg in Afghanistan fordert immer mehr Opfer.**

Aber anstatt ihn zu beenden, werden Bundeswehroffiziere auch in Berliner Schulen geschickt, um für den Soldatenberuf zu werben. Das wollen wir so nicht mehr hinnehmen.

Deshalb hat unsere Fraktion in der 39.Tagung der BVV den Beschluß herbeiführen können , „**Jugendoffiziere an den Schulen nicht allein“ (zu) „lassen“.**(BESCHLUSS DS 1661 umseitig)

Er **bittet** die Schulen in Lichtenberg, **Informationsveranstaltungen der Bundeswehr nur durchzuführen, wenn gleichzeitig auch Vertretern des Zivildienstes und militärkritischer Organisationen diese Möglichkeit eingeräumt wird.**

Von Ihnen würden wir gern wissen, was Sie darüber denken. Teilen Sie uns bitte mit, ob und warum Sie dieses Anliegen unterstützen oder ihm nicht zustimmen.

Berlin Lichtenberg, im Frühjahr 2010

---

Die LINKE. Fraktion in der BVV Lichtenberg von Berlin,  
im Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin, Tel.: (030) 90  
296 31 20 Fax: (030) 55 92 307 E-Mail: [fraktion@die-linke-lichtenberg.de](mailto:fraktion@die-linke-lichtenberg.de), im web: [www.die-linke-lichtenberg.de/bvv\\_fraktion](http://www.die-linke-lichtenberg.de/bvv_fraktion)

---

**Drucksachen der  
Bezirksverordnetenversammlung  
Lichtenberg von Berlin  
VI. Wahlperiode**



<b>Antrag zur Beschlussfassung</b>  <b>Ursprungsdrucksachenart:</b> Antrag zur Beschlussfassung  <b>Ursprungsinitiator:</b> Fraktion DIE LINKE.	Drucksachen-Nr: <b>DS/1661/VI</b>  Datum: 25.03.2010
<b>Jugendoffiziere an den Schulen nicht allein lassen</b>	
Beratungsfolge:	
<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>
25.03.2010	BVV BVV-39/VI

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht:

1. darauf hinzuwirken, dass die Schulen des Bezirkes im Falle der Durchführung von Informationsveranstaltungen, Exkursionen oder Unterrichtseinheiten mit Jugendoffizieren oder Wehrdienstberatern der Bundeswehr ein Höchstmaß an Pluralität gewährleisten. Zu diesem Zwecke sollen die Schulen neben den Referenten der Bundeswehr auch Vertreter des Bundesamtes für Zivildienst **und** Referenten von militärkritischen Nichtregierungsorganisationen einladen;
2. gegenüber den Schulen darauf hinzuwirken derartige Veranstaltungen möglichst nicht im Rahmen der Schulpflicht durchzuführen bzw. Schülern unbürokratisch ein Fernbleiben von solchen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Begründung:

Die Bundeswehr wirbt verstärkt unter Berliner Schülern. Speziell ausgebildete Jugendoffiziere der Bundeswehr haben allein in den vergangenen drei Jahren fast ein Drittel aller Berliner Oberschulen besucht und dort im Schulunterricht Informationsveranstaltungen abgehalten.

Bei der Unterrichtserteilung zum Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind zwangsläufig nicht nur Fragen der rechtlichen und politischen, sondern auch der ethischen, religiösen und weltanschaulichen Beurteilung betroffen. Damit berührt ein solcher Unterricht sowohl die Grundrechte der Schülerinnen und Schüler aus Artikel 4 GG als auch das Erziehungsrecht der Eltern aus Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 GG, das sich in Verbindung mit Artikel 4 GG auch auf die Erziehung der Eltern in weltanschaulicher und religiöser Hinsicht erstreckt.

Lediglich an 11 der 98 Veranstaltungen, die in den vergangenen drei Jahren durchgeführt wurden, haben neben den Jugendoffizieren zum Zwecke der Ausgewogenheit Vertreter des Bundesamtes für Zivildienst teilgenommen. Dies belegt die Notwendigkeit darauf hinzuwirken, dass die Schulen institutionell durch Einladung militärkritischer Referenten ein Höchstmaß an Pluralität gewährleisten.

Initiator: **Fraktion DIE LINKE.**